

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verkaufsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Gerichtsamt Wilhelm 5546 und 5547

Nummer 53

Berlin, den 31. Dezember 1927

2. Jahrgang

Das Jahr 1927 im Zeichen der Kämpfe.

Der Zustand der noch frischen Weltwirtschaft verbesserte sich im Laufe des Jahres 1927 etwas. Den zwei Hauptfaktoren der Wirtschaft, der Arbeitskraft und dem Kapital, kam die günstigere Gestaltung auch etwas zugute. Wenn wir gar die deutschen Verhältnisse vom verlorenen Jahr noch einmal überblicken, so lässt sich feststellen:

Im zweiten Quartal wuchs die noch vom Jahre 1926 übernommene Krise in Deutschland einem besseren Geschäftsgang. Den Anfang dazu gab der infolge des englischen Bergarbeiterstreiks steigende Kohlenabsatz ins Ausland. Damit war eine Minderung der Arbeitslosigkeit sowie eine Relebung der Geschäftstätigkeit mit sich mehrender Kaufkraft verbunden. Die Krise stand damit ihr Ende.

Die Verbesserung des Arbeitsmarktes ist das untrüglichere Zeichen für die Weltwirtschaftsverbesserung in Deutschland; denn es waren vorhanden an Erwerbslosen insgesamt am 15. Februar 1922 863, am 15. Mai 972 000 und am 15. Oktober 422 000. Dies war die niedrigste Ziffer. Als weitere Kennzeichen dienen noch: Die Vermehrung der Eisenproduktion, die Steigerung der Gütervergängestellung der Gleisbahnen, das Nachlassen der Konkurrenz und Geschäftsaufschüttungen u. a. Die Vermehrung der Eisenproduktion ist über die der Vorkriegszeit gestiegen. Im Jahre 1913 wurden 910 000 Tonnen Roheisen, 981 000 Tonnen Stahl, 909 000 Tonnen Walzwerkzeugen produziert; im Jahre 1926 waren es 804 000 Tonnen Roheisen, 162 800 Tonnen Stahl und 838 000 Tonnen Walzwerkzeugen. Das Jahr 1927 erbrachte aber in zehn Monaten bereits 1 083 000 Tonnen Roheisen, 1 253 000 Tonnen Stahl u. 1 069 000 Tonnen Walzwerkzeugen. Das sind also ganz beträchtliche Produktionszunahmen.

Mit dem Wiederaufleben der Wirtschaftszunstionen verstärkten die Träger der Funktionskraft Kapital wieder, ihre Kräfte wuchsen, und im gleichen Verhältnis der Gegenpartner, die Träger der Arbeitskraft, die organisierte Arbeiterschaft, und mit ihnen auch die freien Gewerkschaften.

Die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung war gekennzeichnet durch die scharf einsetzenden Kämpfe und das Steigen der Mitgliederzahl. Im Dezember 1926 hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 3 993 931 Mitglieder; diese Zahl erhöhte sich Ende Juni 1927 auf 4 145 574 und stieg inzwischen schätzungsweise auf mindestens 4½ Millionen. Die Erstärkung der Gewerkschaften drückt sich vor allem in der erkämpften und durchgesetzten Verbesserung der Arbeitszeit aus. Nach den Feststellungen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ist der Anteil der in Kurzarbeit beschäftigten Arbeiter (sie Unterforschung erfasst sich auf 67 000 Betriebe mit 290 189 Arbeitern) von 4,6 auf 1,7 Proz. gesunken. Bis 48 Stunden arbeiten 55,6 Prozent der erfassten Personen, gegen 47,1 Proz. im April. Die Zahl der mehr als 48 Stunden wöchentlich Arbeitenden ist von 18 Proz. auf 12 Proz. gesunken. Die Zahl der normal weniger als 48 Stunden Arbeitenden (ohne Kurzarbeiter) beträgt rund 174 000, gegen 159 000 im April. Die Verschiebung zugunsten der kurzeren Arbeitszeit setzt sich mit geringen Ausnahmen in fast allen erfassten Industriegruppen und Berufen (Bau-, Buchdruck- und Holzgewerbe, chemische, Metall-, Schuh- und Textilindustrie). Das erstmals seit 1921 arbeitet mehr als die Hälfte der erfassten Arbeitnehmer nur bis 48 Stunden wöchentlich, die Zahl der mehr als 54 Stunden Arbeitenden ist von 13 auf 6,2 Prozent gesunken. Um ungünstiger ist die Lage immer noch in der westfälischen Schwerindustrie, ein Zeichen, wie notwendig eine durchgreifende Verbesserung der zurzeit umkämpften Arbeitszeitbestimmungen für die Hüttenindustrie ist!

In Verbindung mit dem Mitgliederzuwachs stand auch eine Verbesserung des finanziellen Rückhalts, also eine Steigerung der Kampfkraft. Diese wurde auch in Lohn- und Arbeitszeitfragen rechtlich angewandt. Die Ausseminandersehungen mit dem Unternehmertum waren deshalb recht zahlreich und heftig.

Das Unternehmertum fühlte sich jedoch noch stärker. Es holte einige Male mit umfassenden Ausperrungen zum Kampf aus, so dass man sagen kann, dass zu Ende gegangene Jahr 1927 ein recht heftiges Kampfjahr bei uns in Deutschland.

Die Wirtschaftskämpfe in zeitlicher Weihenfolge gesehen, betrafen einmal die Porzellanindustrie. Im April sperrten die Unternehmer dieses Industriezweiges 42 000 Arbeiter und Arbeitnehmer aus. Die Kündigung betraf aber 60 000. Der Rest wurde deshalb nicht betroffen, weil der Konflikt vor dem Kündigungsdaueraus beilegt wurde.

Der Textilarbeiterverband hatte mehrmals den Angriffen der Unternehmer standzuhalten, aber auch er griff an. Mehrere Ansperrungen, von denen achtzehn von Arbeitern und Arbeitern betroffen waren, sollten die gewerkschaftliche Stoffkraft dieser Organisation brechen, aber der Versuch misslang.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter konnten ebenfalls einen Vorstoß gegen ihre starken Industriellen Unternehmen und erzielten Erfolg, mit dem sie ihrer Werbegesellschaft zunahmen. Genauso dieser Kampf, der die Sympathie der breitesten Massen auslöste, ließ erkennen, dass auch ein starkes Unternehmertum nicht übermächtig ist, wenn die Arbeiter einig und geschlossen vorgehen. Fast die gesamte Deutschtüchtigkeit stand auf der Seite der kämpfenden Bergarbeiter.

Auch im Verkehrsverkehr ging es nicht ohne Kampf ab. Die Hochbahnen in Berlin erreichten mit einem kurzen Streik, dass ein Teil ihrer Forderungen bewilligt wurde. Die Eisenbahnen mussten zum Teilstreik greifen, um ihrem Verlangen auf Erhöhung ihrer Bezüge ein größeres Gewicht zu geben. Auch in anderen Gruppen des Verkehrsverkehrs konnten mittels Kampfs Erfolge herausgeholt werden.

Den härtesten Strahl hatten wohl die Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen mit ihren Industriellen auszurichten. Rund 120 000 Arbeiter mit ihren Familien waren in Mitteldeutschland

gezogen. Diese Zigarettenausperrung konnte ja erst kürzlich durch das Eingreifen des Reichsarbeitssministeriums begegnet werden, ohne dass die Industriellen einen Erfolg zu buchen vermochten. Es war ihnen nicht möglich, die Zigarettenarbeiterchaft mit der mehrwöchigen Ausperrung auf die Straße zu zwingen; denn die freien Gewerkschaften sprangen ein und boten finanziellen Rückhalt.

Noch ein gewaltiger Kampf ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, und zwar der der Eisenindustriellen gegen ihre Arbeiterschaft und den Staat. Der Konflikt wurde durch die Verbündlichkeitserklärung der Schiedssachen durch das Reichsarbeitssministerium erst vor einigen Tagen beendet. Die Walzwerk- und Hüttenunternehmer wollten bekanntlich zum 1. Januar ihre Betriebe stilllegen und versuchten mit ihrer Gewaltmaßnahme, die gerecht in einer Verordnung festgelegte Dreischicht und den Lohnausfall umgehen zu können. Die Kündigung ist nicht ausgeprochen worden, die Stilllegung wird demnach nicht erfolgen. Weder die Unternehmer noch die organisierten Arbeiter konnten einen Sieg buchen. Für die Gewerkschaften ist aufgehoben nicht aufgehoben. Sie werden dafür sorgen, dass erlassene Gesetze auch für Unternehmer zu gelten haben, noch dazu, wenn die Verordnung über die achtfündige Arbeitszeit einstimmig als berechtigt und notwendig auch von den Unternehmern im Reichswirtschaftsrat mit anerkannt wurde.

Dass neben den Wirtschaftskämpfen noch eine erhebliche Anzahl auch von anderen Berufen und Organisationen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geführt wurde, ist der Vollständigkeit halber noch zu sagen. Leider wurden alle Verbesserungen im Lohn durch eine recht fühlbare Teuerung wieder weggenommen, so dass im kommenden Jahr erheblicher Kräfteaufwand notwendig sein wird, um den Ausgleich wieder herzustellen und fehlendes hinzuzuholen.

Dieser Nachteil ist vor allem mit in dem Umstand begründet, dass in Deutschland im Jahre 1927 die bürgerliche Rechtsregierung das Zepter schwang, die mit Hilfe der Rechtsparteien keine Interessenspolitik nur zugunsten der bestehenden Klasse trieb und durch indirekte und direkte Besteuerung alle Lasten den Besitzlosen aufwälzte, die Bestehenden aber durch Steuerminderung entlastete.

Die politischen Zustände, die sich zum Machtzeit der arbeitenden Bevölkerung auswirkten, dogegen den Bestehenden rechtfähbare Erleichterungen brachten, können geändert werden, wenn die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Arbeitsschaffende aus Kleingeschäftsbetrieben bei den politischen Wahlen auf dem Posten sind und die politische Entscheidung zu ihren Gunsten fallen. Die Vorausbedingungen dazu sind vorhanden.

Weniger rasch ist dies auf dem Gebiet der Wirtschaft möglich. Dazu bedarf es größerer Kraftauswände, größerer Einigkeit und organisatorischer Geschlossenheit der Arbeiter und Arbeitnehmer. Mit Streiks allein und mit radikalen Nebensachen ist es da auch nicht getan. Die beste Lehre in dieser Hinsicht gibt der grösste bisherige Wirtschaftskampf, der im Jahre 1926, der 27 Wochen dauerte. Er wurde nicht vom Reformisten geführt. Als er zu Ende ging, gab es weder Sieger noch Niederlage, eine zerstritte Arbeiterchaft sowie ein zerstrittenes Unternehmertum. Die Arbeiterchaft hatte doch noch einen beachtenswerten alten Gegner und Versplitterung in ihre Meilen bekommen und musste auch noch andere Nachteile hinnehmen. Sie wird Jahre brauchen, um wieder an Kräften zu kommen. Dieser kurze Hinweis ist notwendig, weil gerade jetzt wieder die Eisenarbeiter von unverantwortlichen Elementen in den Hütten- und Walzwerken aufgepeitscht werden, um alle Fälle auch gegen den Willen und ohne die Führung ihrer Gewerkschaften zu streiken, ohne Rücksicht darauf, dass ein erheblicher Teil unorganisiert ist und keinerlei Rückhalt besitzt, also als ernsthafte Kämpfer gar nicht in Frage kommt.

Aus den Ausseminandersehungen des Unternehmertums mit der Arbeiterschaft muss vor allem das Heer der Unorganisierten entnehmen, dass es höchste Zeit ist, sich einen gewerkschaftlichen Rückhalt zu suchen, denn alte Arbeiter können jeden Augenblick von einer Gewaltmaßnahme der Unternehmer betroffen werden. Sich schon davon zu schützen, gebietet die Vernunft, aber auch die Vorsorge für Notzeiten. Weiter müssen die Ausperrungen die Gleichgültigen aufregeln, denn sie sind der Beweis dafür, dass die Industriellen, Handels- und Bankleute den klassenkampf gegen die Arbeiterschaft in schärfster Form führen. Rücksichtlos, brutal und unsocial gehen sie dabei vor. Sie wollen sich die Arbeiter mit Gewalt unterwerfen, wollen sie durch Hunger und Auslegen von Entbehrungen schlimmster Art zum Nachgeben zwingen, das muss und kann vereitelt werden.

Der Arbeiter und die Arbeiterin haben ein Recht auf Leben, denn aus ihrer Arbeit fließt der Gewinn für die Besitzenden. Sie sind keine stumpfen Sklaven, keine Knechte mehr, sondern denkende Menschen, die Berücksichtigung ihrer Notwendigkeiten.

Lehnt deshalb aus den Geschehnissen im Jahre 1927 und geht mit umso größerem Eifer ans Werk; denn die organisierte Arbeiterschaft muss auch für die künftigen Kämpfe gerüstet sein. Das große Ganze muss dabei im Auge behalten werden. —

Notprogramm — Finanzdiktatur?

Der Reichsverband der Deutschen Industrie unter dem Vorsitz Rosales und sechs weiteren Spitzenverbänden haben dem Reichsminister „auf Wunsch der Wirtschaft“ ein Notprogramm vorgelegt.

Gefordert wird nicht weniger als eine Diktatur des Reichsfinanzministers, der das Recht erhalten soll, durch seinen Einspruch jede Steigerung der Ausgaben des Reiches zu verhindern. Das gleiche soll sinngemäß für die Länderregierungen und Kommunalverwaltungen gelten. Der Reichsfinanzminister soll auch ermächtigt werden, unter der Voraussetzung, dass der Haushaltssatz eines Landes die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches verletzt, Einspruch gegen die Verteilung des Haushaltssatzes an den Landtag und gegen den Votuszug eines gegenüber dem Voranschlag erhöhten Haushaltssatzes zu erheben. Ferner wird eine besondere Überwachung der Gemeinden, in erster Linie ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und die Erweiterung der Befugnisse der Sparkommissärs verlangt.

In der Begründung ist die Rede von einer Selbstkostenkrise der deutschen Wirtschaft. Bei einem etwaigen Absinken der Konjunktur müsse befürchtet werden, dass der dann um so notwendigere Aufschluss an den Weltmarkt gefährdet wird, und dass sich die Konkurrenz ausländischer Waren auf dem inneren Markt verstärkt. Darum dürfe sich unser Preisstand nicht erhöhen.

Einen Ausweg aus dieser Selbstkostenkrise sehen die Unternehmerverbände in einer allgemeinen Steuerentlastung, die vorläufig eine entsprechende Einschränkung der Ausgaben der öffentlichen Körperverfassung zur Voraussetzung hat. Die im Voranschlag des Reichshaushaltssatzes 1928 bereits vollzogene Kürzung der reinen Reichsausgaben um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist ihnen nicht genug. Sie verlangen auch von den Ländern und Kommunen eine durchgreifende Kürzung der Vorratslager für 1928. Ferner wird eine beschränkte Durchführung der Verwaltungsreform verlangt. Alle diese Maßnahmen sollen eine Stärkung der Befugnisse der Reichsregierung erfordern (siehe Finanzdiktator).

Gegen ein vernünftiges Sparen ist sicher nichts einzubringen. Es ist an sich erforderlich, dass im neuen Satz vom Reichsrat die erste Rate für ein Panzerjäger gestrichen wurde, das mit samt den übrigen, die dazu kommen sollen, für Deutschland doch nur militärisches, dafür aber auch teures Spielzeug ist. Man darf aber mit Sicherheit annehmen, dass die große Mehrzahl der verantwortlichen Leute, die hinter diesem „Notprogramm“ stehen, sich dieses Spielzeug nicht versagen würden. Gegen wen sich ihre Finanzdiktatur richten würde, kann man sich leicht denken. Die Kürzung ist eine einzige Klage gegen die Reichsteuern. Die Unternehmer scheinen vorgesehen zu haben, dass diese Steuern 1929 um rund eine Milliarde jährlich gesenkt werden. Einen Vorgesetzten, wie der Abbau der Massensteuern vor sich geben würde, kann man das neue Lohnsteuergesetz geben, nach

dem aus der Arbeiterschaft 300 bis 400 Millionen mehr herausgepreist werden, als nach der Lex Brüning, dem eigenen Willen dieses Bürgerbürgerblocks, zulässig ist. Fragt sich noch, wo denn geplant werden soll. Wir machen den zukünftigen Finanzdiktator darum aufmerksam, dass sich vor allem bei der sozialen Fürsorge Abstriche machen lassen, die die helle Freude der „deutschen Wirtschaft“ erregen werden.

Etwas verwunderlich ist die kräftige Sprache des Notprogramms in bezug auf die Verwaltungsreform. Weder dritte Welt noch die Arbeiterschaft soll nicht mehr bestellt werden, wahrscheinlich, damit man für den Rest den Arbeitstag, wo er sich eingestellt hat, gründlich bestrafen und so der Privatwirtschaft ein lösliches Vorrecht geben kann. Nationalisierung der Verwaltung hat die Arbeiterschaft schon gefordert, ehe die „deutsche Wirtschaft“ daran dachte. Aber die Verwaltungsreform der Unternehmer darf man nur im Zusammenhang mit ihren und den jüdischen Diktaturfürsten betrachten. Der deutsch-nationale „Solalangeiger“ plaudert in seiner ersten Freude über die Erfahrung aus, was er so unter Verwaltungsreform versteht. „Auch die neue Grundgesetzung muss wirkungsvoll verhallen, wenn man sich nicht entschließen, die Art an der Wurzel des Nebels anzusehen und durch eine Änderung der Reichsverfassung auch wirklich die Grundlage für die Durchführung einer ganzen Reform zu schaffen.“ Also vom Finanzdiktator zum politischen Diktator, Abban des Parlamentarismus und der Selbstverwaltung, damit eine kleine Kaste wieder tun kann, was sie will; und nicht mehr gestört wird, auf ihre Weise für das Wohl des Volkes zu sorgen. Diese Herrschaft soll womöglich mit Hilfe des Diktaturparagrafen 48 der Reichsverfassung erreicht werden, der die geheime Heimung aller wirtschaftlichen politischen Reaktion ist.

Als Vorwand für dieses „Notprogramm“ möchte die soziale Selbstkostenkrise der deutschen Wirtschaft dienen. Das ist ein neues Unternehmer-Schlagwort, mit dem sie in den nächsten Monaten noch viel operieren werden. Es wird ihnen auch damit nicht gelingen, die Tatsache zu verschleieren, dass sie aus der Konjunktur tiefe Gewinne gezogen haben und dass es Zeit wird, dass die Arbeiterschaft an der Steigerung des Wohlstandes teilnimmt.

Zum übrigen stellt die Erklärung eine komische hilflose Drohung dar, die Preise zu steigern, wenn die Regierung kein Einsehen hat. Die Unternehmer wissen ganz genau, dass sie das nicht können, da sie bei der ausländischen Konkurrenz, die Deutschland schon infolge seines Reparationsleistungszwang nicht auskönnen kann, gar nicht dazu instande sind. Weil weitere Preistreibungen nicht durchzuführen sind, versuchen sie eben, die Gewinne durch Senkung der Selbstkosten zu verdrehen. In Frankfurt verstand der Industrieverband der deutschen Industrie darunter in erster Linie eine Lohnentlastung. Deutlicher ist es dafür, dass die Arbeiterschaft die Kosten trägt. Heidenreich

Bürgerblocktaten: Steuergeschenke den Besitzenden.

Die Regierung des Bürgerblatts brachte noch schnell vorherbeginn des Reichstages mit Hilfe ihres Parteikolleges den Reichen und Reichsten indirekt ein Weihnachtsgeschenk für die Besitzenden hat die Schützlin der Geldsachinteressen immer etwas übrig. Das wäre ja auch noch schäfer, wenn die Armen nicht opfern wollen, damit die Reichen bekommen können! Das war immer so und muss auch unter unserer Leitung so bleiben, sagen die Rechtsregierungswänner, aber nicht etwa laut, daß es die öffentlichkeit hört.

Damit aber auch die Arbeiterschaft etwas davon erfährt, sei bemerkt: Im Jahre 1925 beschloß die seinerzeit ebenfalls regierende bürgerliche Mehrheit die *Lex Brüning*. Das ist das Gesetz, in dem die Verpflichtung zur Senkung der Lohnsteuer ausgesprochen war, wenn deren Ertrag in einem Kalenderhalbjahr 600 Mill. Reichsmark, also jährlich 1200 Millionen übersteigt. Die 600 Mill. Reichsmark im Steuerhalbjahr April-September wurden überschritten und die Regierung wäre verpflichtet gewesen, den Gelehrtenbestimmungen gerecht zu werden. Sie hielt die Pflicht nicht ein. Sie arbeitete wohl eine Vorlage aus, aber eine solche, die einmal im Widerspruch zur *Lex Brüning* stand und das Lohnsteuererlaubnis auf 1300 Millionen erhöhte, die aber ferner eine prozentual günstigere Beurteilung der hohen und höchsten Einkommen enthielt. Wohl wird in der mit 193 gegen 161 Stimmen angenommenen Vorlage zur Lohnsteuererlaubnis für den ledigen Lohnsteuerzahler und für den verheirateten Arbeiter und Angestellten eine Steuerfestung festgelegt, aber die grundlegende Forderung der Sozialdemokraten, den steuerfreien Betrag um 40 RM monatlich zu erhöhen, hat die Regierung mehrheit, darunter auch die Arbeiterversetzung des Zentrums und der Deutschnationalen, abgelehnt. Infolgedessen müssen gerade von den am geringsten bezahlten Arbeitern, Angestellten und Beamten, im Jahr 100 Millionen RM mehr und darüber hinaus an Lohnsteuer angebracht werden.

An der indirekten steuerlichen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfängerinnen im Jahre 1927, die vor allem eine außerordentliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse brachte, ist nun trog eines bestehenden Gesetzes noch eine weitere Wurde von 100 und mehr Millionen gekommen, die hauptsächlich, weil prozentual am schwersten betroffen, auf die Schultern der Armen drückt.

Einwandfrei sieht man deshalb: Die Daten der Rechtsregierung sind direkt und indirekt eine Erhöhung der Steuern der Besitzlosen und Steuerabbaus, Steuerabschaffung, Steuerentlastung, gefüllte Steuerneben der Besitzenden. Ganz doch leichter soweit, daß manche Leute mit großem landwirtschaftlichen Nutzen weniger Einkommensteuer bezahlen als ein Teil ihrer Arbeit.

Die Regierung der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und des Zentrums wirkt sich demnach rein zugunsten der Geldsachinteressen aus. Darin liegt der große Nachteil, den die Besitzenden der Bürgerblattregierung haben.

Interessant bei der Beratung der Lohnsteuererlaubnis war auch die Haltung der echten Kapitalsvertreterin, der Deutschen Volkspartei. Sie hatte eine Tarifänderung mit beantragt, nach der ein Einkommen von 50 000 RM um 3500 RM Steuer, ein folgendes mit 100 000 RM um 6500 RM Steuer, ein solches mit 1 Million um 31 500 RM Steuer gesenkt werden wäre. Beim Einkommensteuerpflichtigen mit 125 RM Monatseinkommen hätte die Senkung ganze 3 RM ausgemacht.

Außerdem die Volksvertreter des Bürgerblatts an den Reichstagstagen ihren Anhängern wieder logen können: Schließlich haben auch eine Belastung von 100 Millionen erspart und eine Geldbörse geöffnet, das ist noch eine kleine Belägerung an den ihnen dargebotenen Gehältern. Beachtet das und zeigt euch erkennbar! Nur die Arbeiterversetzung des Zentrums und der Deutschnationalen werden sich hüten, ihren Arbeitnehmern und Wahlkämpfern das zu sagen. Wir wollen aber hören, daß diese allmählich aus sich selbst heraus erkennen: so darf es nicht weitergehen. Wir wenden uns ab von diesen Geldsachvertretern. Zeit wäre es.

Alle Lebensarten wie: national, volkstümlich, gegen den ehemaligen Schatz, und nur eine Verbrauchung für die reinen materialistischen Interessen einer Klasse, die bei den Wahlen immer wieder Stimme findet, um mit deren Hilfe ihre Mammens geliebte auf indirekte Art herredigen. Diese Parteien wissen, wie man's macht.

Die organisierte Arbeiterschaft wird noch viel Aufklärung unter den arbeitenden Volk tragen müssen, ehe die Massen ihre politische und wirtschaftliche Macht auszunutzen vermögen. —

Die Indifferrenten.

Von Alfred Huppert.

Herbert Winkler hatte soeben beim Verbandsfürsorger seine eingezogenen Beiträge, die nur eine geringe Summe ausmachten, versichtigt und schreibt jetzt, gedankenschwer, ziemlich durchdringend, einige Zeilen.

„Herbert — alles Hans!“ Bist du’s?“

„So stieg ihm plötzlich eine sorgte Stimme an sein Ohr, und er sah seinen früheren Arbeitskollegen Erich Herichel vor sich stehen, der zugleich den Arm um seine Schulter legte und ihm freundlich in die Augen sah.

„Zug, alter Freund, wie geht es dir?“ begann er dann zu fragen.

Herbert Winkler schwieg auf.

„Wie soll es mir jetzt bei diesen Zeiten ergeben,“ antwortete der Freunde, „man lebt und stirbt — woran?“

„Bist auch unzufrieden mit den Zeiten, was?“

„Klar!“ man kann ja nichts zufrieden sein?“ Na, und wie eracht es dir das was treibt da?“

„Erich!“ er schrie ihn förmlich an.

„Danke!“ Nie geht's gut! Ich bin jetzt Vorarbeiter bei Feuer und Schmelze und bin mit der Stellung immerhin zufrieden. So vertrete ich mein Chef doch nicht wie der ehrige; ich kann es eurem Alten nicht versprechen, daß er mich damals nach dem militärischen Krieg als Arbeiter und weil ich ihm sag', wieviel Prozent er ob Verdienst trotz der gezwungenen Rohzulage zu schaffen würde, auf die Stelle legte. Aber du siehst, ich bin nicht verbündet, auch wenn man mal seine Meinung dem Herrn gegenüber setzt, aber du — da scheint wie viel Ehrgeiz und Verteidigung in einer Hand zu haben!“

„Aber mal ernsthaft ist ein Zeitzer der Brust des zweitausendjährigen Menschen.“

„Es bleibt eben ein Fehler, wenn man wie eine Schildkröte zwischen zwei Toren hängt und demselben Betrieb hängt.“ meinte Erich Herichel.

„Du vergisst, daß ich verheiratet und Familienvater bin, da sind Verantwortung und Pflicht etwas bedeutsam.“ gab Winkler seinem Freunde erneut die gleiche Meinung zurück.

„Ich möchte dich nicht belästigen,“ sprach Erich Herichel, und blickte auf einen kleinen Schreibtisch: „Reiste du, ich habe es für das Beste, wenn wir jetzt das alles unteres Wiederholen vor einer Einzelheit gehen und dort einen Schuppen trinken, so kost es mich keinen extra Pfennig als hier bei dem düsteren Lampenlicht, das die Stadt auspendet. Hörte ich gehört, daß wir uns hier treffen würden, ich hätte mir meine Kerzenlampe und den Teekessel von meiner Mutter mitgebracht.“

„Winkler ich seines Freunds unerwidderlosen an.“

„Wie lange, die kommt auf?“ hörte Erich Herichel. „Über steht es so weit dem Kontinent deines Heimat?“

„Gut!“ Du kommst mich doch.“

Glasfabrik Delog — Ein Paradies?

Wenn man den Aussführungen gewisser Herren von der Rotthausener Glasfabrik Delog, oder deutlicher ausgedrückt, der Deutschen Glasschmelze Owens-Gesellschaft Glauben schenken dürfte, wäre man versucht, dieses Werk, auf der Grenzschleife Rheinland-Westfalen liegend, für das Paradies der Arbeiterschaft zu halten. Die Glasschneider und die dort Beschäftigten überhaupt können von diesem Betrieb ein besonderes Liedchen singen.

Gleich beim Eintritt, und der ist nicht allzu schwer zu bekommen, denn in diesem paradiesischen Edenspaß geht es auf und zu wie in einem Tanzenschlag . . . heute der reinen der raus . . . erhält man eine „einzigartige mustergültige Arbeitsordnung“.

Diese Firma ist, mit Ausnahme der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen, für das Wohl und Wehe ihrer Arbeiterschaft in hervorragender Weise bebaut. In allen Paragraphen dieser Arbeitsordnung — und deren sind es ein halbes Hundert — ist es im Hinblick auf die Verstärkung des Arbeiters durch die Werksleitung, in Sorge und Rücksicht um denselben, demselben verboten, untersagt . . . nicht gestattet . . . nicht erlaubt . . . derfelbe hat nicht das Recht . . . ist nicht befugt . . . und zwar unterandrohung von Geldstrafen bis zur Höhe von 7,50 RM, was ihm, dem Arbeiter, etwa zu seinem Vorteil sein könnte, zu unternehmen.

Dürwah: diese Arbeitsordnung gehörte längst schon der Vergangenheit

denn allen ist sie ein Buch mit sieben Siegeln.

Was die Leitung hier den Geist der Zeiten heißt, daß im Grund dieser Herren eigener Geist, den sie naiv vertraulich hier beispielhaft.

Ein weiteres Kapitel zu dem „paradiesischen“ Zustande, Unstände und Tatsachen ist der, die göttlich wohlwollende Arbeitssordnung unterzeichnende Arbeitervertreter, Arbeiterratsvorsitzender Poppenjucker. Ganz Charakter, Selbstmadrämmen! Ganz Klasse! Obwohl er parteilos, dem Verbund der deutschen Arbeiter angehört, kann er, was er . . . nicht soll. Allerdings vom Standpunkt der Arbeiter aus betrachtet. Ganz vom „himmlischen“ Weben und Streben des Arbeitgebers beeindruckt, tut er auch immer, was er mit dessen Erlaubnis tun darf, an den diesen Ausdruck tun darf. Der Mann hat Charakter! Dies ist die Arbeiterschaft ihm schon mehrmals nahegelegt, sein Amt als Arbeitervertreter niederzulegen, müsste er mit der Betriebsleitung die Revolteformung, der in diesem Werle herrschenden „paradiesischen“ Verhältnisse. Daß diesem „Auch“-arbeiter dieser Garten Eden so gut bekommt, merkt man an seinem unstillbaren „Arbeitsfeuer“, der es ihm ermöglicht, 16, 18, 24 Stunden aus noch länger ununterbrochen und ohne müde zu werden zu arbeiten. Dafür erhält er aber auch den höchsten Lohn.

Betriebsrätegesch, seine Pflichten und Pflichten beschweren sein Gewissen nicht, denn er fühlt sich — nur seinem eigenen Gewissen, daß von einem simplen Arbeiter nicht definiert werden kann, gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet. Wahrsch, ein Muster von Arbeiterrat — aber wie er nicht sein soll! Ein solcher Arbeiterrat vereint mit einer solch „wohlwollenden“ Arbeitsordnung, wer wollte hier nicht sein, Erdeneid beobachten? Und da gibt es noch Arbeiter, welche in Verkenntung dieses missgriffigen Worts austreten:

Das ist ein wirklich wahrer Sommer!
Man möchte gleich aus und davon.
Verordnungen aus einer Kumpelkammer . . .
Nicht einmal die notwendigste Aktion
Mit arbeiterrechtlichen Maximen,
Wie sie uns Protesten im Munde ziemten.
Soviel mal heute von dem Glückswerk in Rotthausen.
Was für eine Aufgabe wächst nun der dort beschäftigten Arbeiterschaft?

Will sie vor lauter „Wohlwollen“, Fürsorge, ohne sich zu regen, darin ersticken, oder will sie selbst eigenhändig die Verhältnisse schaffen, die nicht nur ihr, sondern auch der Allgemeinheit, und nicht zuletzt dem Werk selbst zweckmäßig sind?

Arbeitsbrüder vom Werk Delog! Es ist höchste Zeit, und wenn ihr nicht weiter als paradiesische Engel, schwächt den Michael, Gabi und a. jordan als freie Arbeiter, welche gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber die Lohn- und Arbeitsbedingungen schließen, gelten wollt, dann manubares, forstes Unfreien, geschlossene Einheit gecharfen, damit euer Arbeitgeber auch euch respektieren kann und mag.

Er ist organisiert, und er weiß warum!

Und ihr?
Zeigt euch der Freund, was ihr könnt,
Zeigt euch der Feind, was ihr sollt!

Zieht deshalb bei dieser Betrachtung die für notwendig unerlässliche Folgerung.

Es geht nicht länger an, daß ihr unfähig ohreits steht und euch von einem paradiesischen Wünschen nachhängenden Betriebsrat und nach dem Wunsche euch nicht Wohlgefallen in die Wüste schicken, euch nach Welschen brotlos machen läßt.

Nicht nur ist es heilige Pflicht und Aufgabe, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen, Regelung konstiger Angelegenheiten anzustreben und zu erlämpfen, sondern ihr habt ein durch Verfassung garantiertes Recht dazu.

Deshalb die Arbeiterschaft geschlossen, denn:
Nicht betteln, nicht bitten,
nur mutig gestritten.
Wer kämpft, es sich schlecht,
für Freiheit und Recht.

Lo. Ha. Essen.

Lohnbewegung in der rheinischen Glashütte A.-G., K.-Chrenfeld.

In mehreren Betriebsversammlungen hat sich die Arbeiterschaft der rheinischen Glashütte A.-G. in Köln-Chrenfeld mit den gegenwärtigen Preissteigerungen beschäftigt und einstimmig beschlossen, daß eine Verbesserung der gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben ist. Die Lohnverhältnisse sind im allgemeinen sehr verbessernswürdig; am allerschlechtesten sind die der angelernten und angelernten Arbeiter und Arbeiterräte. Die Lage der Hofarbeiter ist geradezu verzweifelt. Mit Stundenlohn von 68 Pf. bis 88 Pf. müssen die Arbeiter, die in der Mehrzahl verheiratet sind, ihre Existenz fristen. Mit solchen Löhnern eine Familie zu ernähren ist ein Wunder. Auch die jugendlichen Arbeiter sind schlecht bezahlt. Unter diesen Umständen kann man es der Arbeiterschaft nicht verdenken, wenn bei den gegenwärtigen Preissteigerungen der Drang nach Lohnaufwertung sofort auftritt.

Die in Frage stehenden Gewerkschaften wurden beauftragt, der Firma den Antrag zu unterbreiten, die bisherigen Verdienste und Stundenlöhne um 10 Proz. zu erhöhen. Die Antwort der Firma war die sattmässig bekannte, daß sie gegenwärtig dazu nicht in der Lage sei. Die Gewerkschaften riefen daraufhin den Schlittschuhzauber an, der am 9. Dezember nach Stundenlangen Verhandlungen den nachstehenden Vergleich vorlegte:

- Vorschlag.**
1. Sechs Wochen nach Betriebsnahme des Hohlglasofens soll über die Neuregulierung der Löhne verhandelt werden;
 2. Die Firma wird empfohlen, baldmöglichst die neuverhängte Anlage in Betrieb zu nehmen, um auf diese Weise die Produktivität des Werkes zu erhöhen.
 3. Die Parteien haben sich bis zum 16. 12. d. J. mittags 12 Uhr, zu äußern, ob sie diesen Vorschlag annehmen oder ablehnen.
- ges: Zurjenien.

In einer am 15. d. M. stattgefundenen Betriebsversammlung hat die Arbeiterschaft trotz schwerer Bedenken dem Vorschlag zugestimmt. Damit ist allerdings die Lohnbewegung noch nicht abgeschlossen. Die Firma hat sich damit nur gründlich einverstanden erklärt, wenn der Hohlglasofen in Betrieb kommt, eine anderweitige Lohnregelung vorzunehmen. Die Höhe ist nach wie vor umstritten, deshalb liegt es nun an der Arbeiterschaft, hier den stärksten Druck auszuüben.

An die ungelerten und angelernten Arbeiter und Arbeiterräte richten wir aber die Mahnung, sich mehr wie bisher für die gewerkschaftliche Organisation zu interessieren. Ohne Verband keine Verbesserung der Arbeitszeit. Ohne Verband keine Lohnerhöhung. Ohne Verband keine besseren sanitären Einrichtungen. Mit dem Vorwurfe, daß der Verband nur für die Facharbeiter sorge, kann die Verbandsleitung nichts anfangen. Die Facharbeiter sind restlos organisiert, und die bis jetzt erzielten Verdienste sind das Ergebnis ihrer jahrelangen Zugehörigkeit zur Organisation. Würden die Hilfsarbeiter und angelernten Arbeiter in derselben Weise in der Vergangenheit sich betätigt haben, so würden die Lohnunterschiede zwischen den gelernten und ungelerten Arbeitern nicht so groß sein, wie es gegenwärtig der Fall ist. Die örtliche Verbandsleitung des Fabrikarbeiterverbandes, Abteilung Rheinischer Bund, hat durch die Tarifabschlüsse in den übrigen Industrien bewiesen, daß die Lohnspanne zwischen Gewerken und Angelernten bei weitem nicht so weit auszustecken geht, wie das in der Glashütte in Köln-Chrenfeld der Fall ist. Aber in diesen Industrien hat der ungelerte Arbeiter auch begriffen, daß er zur Erringung eines auskömmlichen Lohnes die Macht der Solidarität braucht. Rechtsloser Anspruch an den Ceramischen Bund ist notwendig, wenn die stark zurückbleibenden Stundenlöhne aller Arbeitergruppen erhöht werden sollen. Au auch, als Angelernte, liegt es. Nun handelt danach.

Wie eine Bombe schlugen die Worte auf die Belegschaft ein. Der Chef war Diplomat. Er spazierte auf den Schwachmira der Arbeiter, und er hatte sich nicht vertreten, was gelungen! Sieht du, so kam es, daß von hundertdreißig Arbeitern, von wo 80 Proz. weibliche Arbeiter sind, vier Drittel aus dem Verband ausgeschieden sind und sich selbst kaum einmal an der Neuwahl der Betriebsräte beteiligten. Und jetzt — nach einem Jahre — was ist das Resultat? Endlich Abzug vom Stücklohn bei den Arbeitern und möglichste Umlegung des Tariffs und eigene Auslegung derselben. Kommt ein Arbeiter mit einer Beschwerde und Reklamation und beruft sich auf die tariflichen Abmachungen, so bekommt er zu hören: Was wollen Sie denn? Sie können doch nicht im Namen der Belegschaft sprechen, wo ich doch weiß, wie wenige dem Verband angehören! Und wer nicht so mitmacht — der fliegt! Ich selbst habe erst heute einen Antritt mit dem Chef gehabt, weil ich in der Pause versucht, Mitglieder zu werben. Und was tun solche Schätzchen? Sie gehen zum Allgemeinen und schwärzen mich an! Sie sagen, sie können sich das Geld zum Verbandsbeitrag nicht übrig machen; aber gehen zum Frühstück durch die Arbeitsräume, zu Bier und Käse reicht es und sie schenken lieber dem Unternehmer ein paar Mark, als den Verbandsbeitrag zu opfern.“

Nach diesen Worten lehnte sich Winkler zurück und starrte die Wände an.

„Sie werden alle wieder den Weg zu uns finden, wie es damals war,“ entgegnete Herichel.

„Wenn es nur nicht zu spät sein wird,“ sagte Winkler.

„Lieber Freund, ich will dir etwas sagen,“ sprach Erich Herichel. „Einige tausend Mitglieder weniger, aber die entschlossen sind, sich durchzukämpfen, ist viel besser als eine große Schar unwilliger Gesellen, die die Gefahr in sich birgt, Vorfahre von ihrem Erfolg abzubringen. Werbe unermüdlich, wie ich es tue, ein Erfolg der guten Sache wird nicht ausbleiben.“

„Hast du noch soviel Hoffnung?“ fragte Winkler.

„Die habe ich wahrsagig,“ beteuerte sein Freund.

Dann nahmen die Augen des Alten einen zufriedenen Schein an. Erich Herichel fühlte die Hand seines Freundes in der seinen.

„Du hast mir Mut und Hoffnung gegeben, und ich danke dir!“ sprach Winkler. „Kommt, las uns gehen!“

Herschel bezahlte die Recke, und sie brachen auf.

Als Winkler allein seines Weges dahinging, sah er darüber nach. Er hatte seinem Freunde versichert, daß seine Belegschaft ebenso dochstehe wie deßen Belegschaft, die, weil sie fast restlos organisiert war, sich nicht vor dem Unternehmer willen zu beugen brauchte. In vier Wochen sollte es so sein!

Das es ein schwerer Kampf gegen die indifferrenten Massen sein würde, dessen war sich Herbert Winkler bewußt.

(Nachdruck verboten.)

Die Flaschenindustrie in Belgien.

Recht strohlose Zustände haben sich in der Glasfabrik zu met in Belgien herausgebildet. Durch die Währungsverhältnisse ist die Kaufkraft des Geldes ganz erheblich gesunken und dadurch eine erhebliche Verschlechterung der Lohnverhältnisse eingetreten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es nicht denkbar, daß die Kollegen existieren können, deshalb stehen die Flaschenmacher in Summe vor recht ernsten Situationen. Wir bitten dringend, Arbeitsangebote unter keinen Umständen nach Summe zu richten. Es darf nicht verkauft werden, daß die Firma bisher jeder friedlichen Verständigung aus dem Wege gegangen ist. Wir hoffen, daß Arbeitsangebote unterbleiben.

Ein Kämpfer gestorben.

Am 10. Dezember verschied im Alter von 48 Jahren der Glasarbeiterkollege Johann Seubert in Lohr am Main. Zwei Jahrzehnte stand er in den Reihen der organisierten Gewerkschafter und stellte der Arbeiterbewegung seine Kraft zur Verfügung. Er war einer von denen, die sein Opfer schenkten, die immer zur Stelle waren, wenn es galt, das Proletariat von den Fesseln des Kapitalismus zu befreien. Er war ein Vertreter wahrhafter Widerstand und erwähnt sich damit den Dank und die Liebe der Kollegenschaft. Seit 1921 beteiligte er das Amt des Betriebsratsvorsitzenden in vorbildlicher Weise. Die Zahlstelle Lohr und die übrige Kollegenschaft werden dem stolzen Seubert ein ehrendes Andenken verewigen.

Zur Besichtigung!

Göpenic. In der Glasfabrik Marienhütte in Göpenic hat sich noch nichts in dem Konflikt mit der Betriebsleitung geändert. Die Differenzen bestehen weiter. Die Firma ist nach wie vor mit Arbeitsangeboten zu versorgen. Zugang ist fernzuhalten!

Oberneubach. Der mehrwöchige Streit auf dem Werk von Ring in Oberneubach dauert noch fort. Zwei Arbeitswillige hatten sich gefunden, sind aber wieder abgereist. Zugang ist auf alle Fälle fernzuhalten.

Höllearbeit.

Auch während der Zeit, in der die feueramischen Betriebe nur schwach und mittelmäßig beschäftigt waren, verfügten die Klagen über das Gulden der Ofen bei noch recht hoher Temperatur nie ganz. Seit dem Aufleben des Geschäftsganges häufen sich diese Klagen wieder.

Einige der berichteten Fälle liegen besonders krass. Die Höhe in den auszutragenden Ofen ist noch so stark, daß die Aussträger mit nassen Säcken eingepackt werden müssen, um überhaupt das Betreten der Ofen zu ermöglichen. Es wird über Orienttemperaturen bis 115 Grad berichtet. Jawohl! Hundertfünfzehn Grad. Man hält so etwas kaum für möglich, aber es kann an der Richtigkeit dieser Behauptung leider nicht gezweifelt werden. Die Feststellungen sind nicht einseitig durch die Aussträger, sondern unter Mitwirkung und Bestätigung von Vorgesetzten gemacht worden.

Arbeiter in solch heißen Ofen schiden — und sei es auch noch so kurze Zeit — in ein unverantwortliches Spiel mit der Gesundheit. Man muß sich darüber wundern, daß sich noch Arbeiter dazu bereitfinden; auch durch das Aussehen von Heißprämiens sollte man sich gegen die Nutzung, sehr heiße Ofen auszutragen, wehren. In einem technisch und betriebstechnisch richtig geleiteten Betrieb müßt es auch bei voller Auslastung möglich sein, die Orienttemperatur bis zum Ausdragen auf ein besser erträgliches Maß zu drücken.

Nach § 120a der Gewerbeordnung sind die Unternehmer verpflichtet, den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Die Unfallverhütungsvorschriften der Töpfereierwerksgenossenschaft legt den Arbeitgebern diese Verpflichtung auf. Das Betriebsrätegesetz (§§ 66, 71, 72, 73, 74) stellt der betrieblichen Arbeiterversicherung die Aufgabe: „Aus die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“ Die Arbeiter- bzw. Betriebsräte müssen verlangen, daß die Ofenhitze gemessen wird und zu heiße Ofen nicht ausgetragen werden. In jedem Ofen gehört ein Pyrometer (für höhere Temperaturen geeignete Thermometer) und es muß die Temperatur jedes Ofsen bei im Auszug festgestellt und darüber ständig Liste geführt werden.

Genügt solche Einwirkung auf die Betriebsleitung nicht, muß den Gewerbeaufsichtsbeamten Mitteilung gemacht werden. A. R.

Bei den Handelsverträgen zu wenig berücksichtigt.

Die günstige Entwicklung des Außenabschlusses für Porzellan brachte es mit sich, daß die Porzellansäfte dem Auslandsabsatz im allgemeinen nicht mehr die Aufmerksamkeit entwendeten, die notwendig wäre. Dann kommt noch hinzu, die Handelsvertragsverhandlungen, der Zollkrieg mit Polen und die Zoll erhöhungen in England, neuerdings die geplanten Zoll erhöhungen der Vereinigten Staaten Nordamerikas brachten nicht Erleichterung, sondern Schwierigkeiten für den Porzelllexport. Wie die Porzellanunternehmen die Schwierigkeiten ansehen, geht aus der Erklärungnahme des Herrn Dr. Heinrich Arnhold, in Ha. Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, hervor, der als Aufsichtsratsvorsitzender der Porzellansäfte C. M. Hutschenreuther auf deren Generalvertragsmitteilung mache. Er führt dort aus, daß der Export in allgemeinen stark zurückgegangen ist. Die Gründe dieser Entwicklung sind nach Ansicht von Dr. Arnhold mangelnde Rückichtnahme der amtlichen Stellen bei den Handelsvertragsverhandlungen.

Er stellte nachdrücklich fest, daß die Porzellansäfte als ausgeprägte Exportindustrie ihren Bedeutung nach nicht genügend berücksichtigt werde. Wir stellten der Exportanteile ist, wurde zahlenmäßig genau belegt. Für 1925 und 1926 lauten die Ausfuhrzahlen auf 38.959 bzw. 40.997 Tonnen bei einem Inlandsabsatz von 37.645 bzw. 19.770 Tonnen. Beim Luxusporzellan ist das Verhältnis nicht ganz so krass, aber läßt auch noch den Exportanteil überwiegen.

Dazu kommt, daß bei dieser Industrie der Lohnanteil mit 40 bis 50 Proz. (?) des Preises außerordentlich hoch liegt. Demnach ist die Forderung nach einer pfleglichen Behandlung der Exportinteressen der keramischen Industrie im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft sachlich durchaus berechtigt.

Praktisch sieht man aber bei den bisherigen Verhandlungen vielleicht die entsprechende Rücksichtnahme. Mit jedem neuen Vertrag sei eine Verschlechterung eingetreten. Die Geschirrporzellansäfte habe durch die englischen Zölle einen ihrer Hauptmärkte eingeblendet. Auch der deutsch-französische Handelsvertrag war für die Porzellansäfte eine Enttäuschung, zumal auf Grund der Weltmarktentwicklung Japan und die Tschechoslowakei ohne weiteres in den Genuss der niedrigeren Zollsätze kamen.

Ein zur Lehrlingsmishandlung anregendes Urteil.

Wir berichteten seinerzeit über eine ungemein rohe Züchtigung, die einige Angestellte der Porzellansäfte Rosenthal, A.-G., in Selb, an einem Lehrling verübt hatten. Der Anlaß war: Ein Mädchen versuchte Selbstmord, weil es angeblich von dem Lehrling mit einem Schimpfwort bedacht worden sei. Der das Mädchen behandelnde Arzt Dr. Schaad nahm diese Ansrede als bare Würze, überbrachte die ihm gemachte Anklage dem Werkmeister des Jungen. Wohlgeniert, das tat der Arzt und nicht etwa eine Stadtalsche. Der Meister des Lehrlings, der Oberschleifer Scherer, der Betriebsleiter Bayreuther und der Assistent Geigenmüller übernahmen darauf ohne jegliche Nachprüfung die juristische Erledigung des angeblichen Beleidigungsfalles, indem sie den jungen Menschen ohrenfeindlich mit einem Gummizüppel traktierten. Die bestialische Tat der drei genannten und die mitschuldige Vorbereitung des Arztes in der unerfreulichen Art erregten seinerzeit im Betrieb der Firma Rosenthal in Selb nicht wenig Aufregung.

Die Sache wurde am 14. Dezember vor dem Amtsgericht in Selb noch einmal aufgerollt, weil die drei Werks, pädagogen sich wegen der Misshandlung zu verantworten hatten. In der Verhandlung mußten sämtliche Angeklagten ihre Tat zugeben. Zu ihrer Verteidigung gaben sie an, nach der Gewerbeordnung seien sie berechtigt gewesen, eine derartige Züchtigung vorzunehmen. Darin finden sie allerdings keinen Schutz; denn in der Gewerbeordnung ist ausdrücklich die Rede davon, daß übermäßige und unanständige Züchtigungen sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung verboten sind. Dann kommt aber noch hinzu, daß sich der Lehrling ja in keiner Weise vergangen habe, und daß nach den neuesten Moralbegriffen eine Züchtigung von Menschen als barbarisch und als jüdisch verworfen wird. Nach dem angeriebenen Recht der freien Arbeiter- und Angestelltenchaft besteht überhaupt kein förmliches Züchtigungsrecht mehr, sondern die Vermutung, daß man mit einem guten Beispiel voran geht, wenn man Erziehungsmaßnahmen hat. Die Verteidiger gaben sich redbliche Mühe, ihre Klienten einzusuchen, dabei stellte sogar einer die Theorie auf, der Betriebsleiter Bayreuther sei infolge seiner Prokura straffrei. (Sie das aber ein sonderlicher Rechtsstandpunkt. D. R.) Der Amtsrichter und der Nebenkläger konnten demgegenüber leicht den Nachweis erbringen, daß das Maß der exzessiven Tätigkeit weit überschritten wurde. Das Amtsgericht sah jedoch trotzdem die Sache milde an und verurteilte Scherer zu 20 RM, Bayreuther zu 50 RM und Geigenmüller zu 20 RM Gefängnisstrafe, sowie zur Tragung der Kosten. Das ist eine sehr gelinde Strafe. Als abschreckend kann man sie wahrlich nicht bezeichnen. Solche Vergehen müßten viel schärfer gehandelt werden.

Stahlhelm und Werksgemeinschaft sind schuld.

Die Porzellansäfte Königszelt-A.-G. in Königszelt in Schlesien gehört mit zu den wenigen größeren Unternehmungen der Porzellansäfte, daß auch im Geschäftsjahr 1926/27 mit Defizit abschloß. Schon im Jahre vorher waren 238.000 RM Verlust und im genannten Geschäftsjahr 1926/27 kommen 223.000 RM in Frage. Nach Deckung des Vorjahresverlustes verblieben 0,124 Mill. RM, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt sind und den Verlustsaldo auf 0,101 Mill. RM ermäßigen. Das ungünstige Ergebnis wird auf die Absatzstockung im ersten Semester und auf unzureichende Preise bei steigenden Produktionskosten zurückgeführt. Die Bilanz weist nunmehr ein Aktienkapital von 2,5 (3) Mill. RM Stammanteilen und unverändert 0,048 Mill. RM Vorzugsanteilen aus. Die Kreditoren erhöhten sich von 0,88 auf 0,925 Mill. RM, dagegen aber diesmal nur noch 0,083 (0,276) Mill. RM Akzesse. Die Kontrolle sind mit 0,581 (0,575) Mill. RM wenig verändert. Rohmaterialien betragen darunter 0,189 (0,23) fertige Waren 0,392 (0,34) Mill. RM. Vertriebsservice und Beteiligungen sind durch die Vorratsaktienziehung von 0,148 auf den Erinnerungswert zurückgegangen. Die Auflagen stehen fast unverändert zu Buche. Im neuen Jahr habe die Belebung sowohl im Inland als auch beim Export angehalten. Der Auftragssbestand sicherte eine mehrmonatliche Beschäftigung. Auch der Eingang von Neuaufräten sei bei freilich nach wie vor ungenügenden Preisen noch zufriedenstellend.

Die Angaben, daß das ungünstige Ergebnis auf die Absatzstockung und auf unzureichende Preise zurückgeführt wird, scheinen nicht ganz zu stimmen, denn der Direktorwechsel läßt darauf schließen, daß von einer neuen Leitung an sich schon ein günstigeres Geschäftsjahr erwartet wird. Die Entlastung des Willy Tewes zur gleichen Zeit läßt auch mit erkennen, wo der Krankheitsherd dieses Werkes zu suchen ist. In der Porzellansäfte Königszelt die Stahlhelminfiltration und Werksgemeinschaftsidee, also die Rechtspolitisierung der Angestellten- und Arbeiterschaft, mit einer der Ursachen für den Verlustabschluß. Hätte die Konzernleitung nicht in den Späten damit angearbeitet, würden auch in diesem Konjunkturjahr die Aktionäre ohne Dividende bleiben. Wer weiß, ob das nicht der Fall sein wird. Es kommt ganz darauf an, ob die Stahlhelminfiltration der Porzellansäfte Königszelt, ihre Kontinen- und sonstigen Bünde bleibend oder nicht. Bleiben sie, so können die Aktionäre mit Sicherheit rechnen, daß ihre erzielten Profite auch in einem Konjunkturjahr nicht kommen; denn eine Stahlhelm- und Louisenbundorganisation verdritt und korrumptet die Arbeiter und Angestellten der Betriebe. Die Leitung des Stahlhelms sollte deshalb weiter auf die Porzellansäfte Königszelt ihr Augenmerk richten und dafür Sorge tragen, daß auch die kleinen Stahlhelm- und Louisenbundsführer ähnlich wie Tewes festsintern werden. Mit Stahlhelm- und Werksgemeinschaftsgegenwart kann das Werk niemals wieder gesunden. Diese erste Warnung möge vor allem die Leitung des Stahlhelms beachten.

Vor einer Verlegung.

Die Ludwig Wessel A.-G. für Porzellan- und Steingutfabrikation in Bonn steht noch immer mit dem Preußischen Staat in Verhandlungen über den Verkauf seines Dobritgrundstückes in Bonn-Poppelsdorf an den Staat,

der es für Zwecke der landwirtschaftlichen Hochschule und der Universität gebrauchen könnte. Als Kaufpreis werden 1,1 Mill. von der Stadt Siegburg Verhandlungen angestrebt, um gegebenenfalls dort den geplanten Fabrikneubau zu errichten. Die Stadt Siegburg, der sehr davon liebt, wieber Industrie zu bekommen, bemüht sich auch um staatliche Unterstützung.

Die Entwicklung der Ziegelformate.

Wir kennen in Deutschland in der Haushaltssache nur noch zwei Arten von Backsteinformaten: Das Normalformat, 20×12×6,5 Zentimeter, und das Kleinformat, 20×9,5×5 Zentimeter. Gelegentlich, nur zur Wiederherstellung alter Ziegelbauten, wird auch noch das Klosterformat 28,5×12,5×8,5 Zentimeter groß hergestellt.

Das Normalformat ist das bei weitem gebräuchlichere. Das Kleinformat wird hauptsächlich nur in Holland, vielleicht in Nordwestdeutschland (von Lübeck bis Köln) hergestellt. Neuerdings ist, durch die Vereinigten Klinkerwerke in Bochum — wohl nicht durch diese allein — der Kleinformat, geprägte Klinker lehr in Mode gekommen, hauptsächlich durch das vorbildlich schöne Chilehaus in Hamburg. Er wird mit der Bahn nach allen Gegenden Deutschlands verschickt.

Von berühmten, alten Backsteinbauten her, insbesondere Norddeutschlands (der Markt Brandenburg), kennen wir das Klosterformat. Wegen seiner Unhandlichkeit ist es seit vielen Jahrhunderten bis zum Normalformat kleiner geworden. Dieses hat sich also nach und nach entwickelt.

Das uns bekannte Klosterformat war aber bei weitem nicht das Nonplusultra alter Backsteingrößen. Wir wollen dabei innerhalb der deutschen Grenzen bleiben und uns nicht nach fremden Ländern verirren. Das Beispiel vom Schloss Horn schon läßt erkennen, daß es größer ist, wie das allgemein bekannte. Insbesondere zeigen die Gewölbekonstruktionen des Hornschlosses, das neben der Hornst Rennbahn liegt, und dessen Keller als Restaurierung öffentlich zugänglich sind, äußerst feinste und raffinierte Formen. Den sonstigen Schäften alter Baukunst — dem berühmten Steinernen Schaf — ganz zu schwören! Kein anderer Schlossbau in Westfalen zeigt ähnlich reiche Formen. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen wollte das Schloss anlaufen. Der Besitzer, Freiherr von Fürstenberg, wollte aber nicht. Da ließ der Preußenkönig willkürliche Abarten, ließ Schränke, nach Horn reisen, um dessen baulichen Zustand beobachten zu lassen. Besonders haben diese einen äußerst anspruchsvollen Zustand herausgefunden. Es hat wohl Verwitterungsscheinungen gezeigt, was aber durchaus standfest. Dennoch wurde es auf königliche Anordnung zum Teil abgerissen! Echt mittelalterliche Willkür.

Das Normalformat hat sich erst nach und nach entwickelt; ebenso ist es auch mit dem Klosterformat, das größere Formate vor sich hatte. Den Beweis dafür hat man an alten Backsteinbauten der früheren Gotik in Münster gefunden. Und zwar nicht etwa ganz und gar, sondern mit Kleinformatigeren Ziegeln, denen des bekannten Klosterformats, und an anderen Bauten mit Normalziegeln gemischt. Das weist aber daran hin, daß die Ziegel des größeren Formats aus Abbrüchen noch älterer Bauten herrührten müßten. Die Ziegel hatten die Größe von 37×18×19 Zentimeter bis 40×19,5+10 Zentimeter. Diese Form also gehört in graue Jahrhunderte hinein, vielleicht in die Zeit Karls des Großen, der in der Gegend von Münster (Osnabrück, Hildesheim u. a.) die ersten Ziegelbauten anführte.

Der besondere Vorzug der großen Ziegelformate liegt in ihrer monumentalen Wirkung der Art. Auch ist das Klosterformat, ebenso wie das Normalformat, das größere Formate vor sich hatte. Den Beweis dafür hat man an alten Backsteinbauten der früheren Gotik in Münster gefunden. Und zwar nicht etwa ganz und gar, sondern mit Kleinformatigeren Ziegeln, denen des bekannten Klosterformats, und an anderen Bauten mit Normalziegeln gemischt. Das weist aber daran hin, daß die Ziegel des größeren Formats aus Abbrüchen noch älterer Bauten herrührten müßten. Die Ziegel hatten die Größe von 37×18×19 Zentimeter bis 40×19,5+10 Zentimeter. Diese Form also gehört in graue Jahrhunderte hinein, vielleicht in die Zeit Karls des Großen, der in der Gegend von Münster (Osnabrück, Hildesheim u. a.) die ersten Ziegelbauten anführte.

Es ist hieran sehr wohl möglich, daß eines schönen Tages ein moderner Architekt, aus sich oder durch eine regsame Ziegelerzeuger, einen auffälligen Neubau aus großformatigen Backsteinen erbauen läßt. Das mag der Zukunft anheimgestellt. Auf jeden Fall ergäbe sich dadurch ein interessantes, die gesamte Baukunst belebendes Moment. Man mag dabei berücksichtigen, daß die heutige Art des Brennens mit Kohle oder Gas eine ganz andere ist, wie früher mit Holzkohle oder Torf; etwas anderes gab es ja vor Aufzündung der Kohlenlager nicht. Diese ist erst im 16. Jahrhundert erfolgt. Vierzig Jahre lang sind also Ziegel und Fall seit mit Holzkohle gebrannt werden.

(Aus der "Tonindustriezeitung".)

Immer tätig sein!

Die Kampagneziegelerei haben jetzt ihre Pforten wieder geschlossen, und die Zieglerkollegen sind wieder in ihre Heimat, von der sie jedes Jahr monatelang fern sein müssen, gereist.

In diesem Jahre hatten wohl alle, im Gegensatz zu 1926, wo ein großer Teil Ziegelerien auch im Sommer still lag, Arbeit in ihrem Beruf als Ziegler gefunden. Eine lebhafte Bewegung auch im Organisationsleben der Ziegler war in diesem Jahre zu verzeichnen, ganz anders wie im vorigen Jahre, wo große Teile der Zieglerstadt infolge langer Arbeitslosigkeit untätig geworden waren und der Organisation den Rücken gekehrt hatten. Viele mußten über eingesenken lernen, daß es ohne eine starke gewerkschaftliche Organisation nicht geht. Die Unternehmer können nur durch entsprechende gewerkschaftliche Macht zu Zugeständnissen in der Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Die Arbeitsverhältnisse werden um so günstiger gestaltet werden können, je besser und stärker die gewerkschaftliche Organisation der Ziegler ausgebaut ist.

Auch jetzt, wo die Zieglerkollegen in ihre Heimat zurückgekehrt sind, gilt es, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß weiter zu festigen. Kein Ziegler darf im Winter das Verbandsbuch in die Ecke legen und den lieben Gott einen frommen Mann sein lassen.

Unterstützungsfälle der Arbeitslosenversicherung.

Lehr- klasse	Wöchentlicher Arbeitsverdienst	Ein- heits- lohn	Haupt- unterstützung des Arbeitslosen	Gesamtunterstützung mit Familienzuschlägen					
				für 1 Person	für 2 Personen	für 3 Personen	für 4 Personen	für 5 und mehr Pers.	
I	RM 8,-	RM 8,-	% 80	RM 8,-	RM 8,-	RM 8,-	RM 8,-	RM 8,-	
II	mehr als 10,-	14,-	75	9,-	80	84,40	80	84,40	
III	"	14,-	12,-	65	7,80	70	8,40	75	8,40
IV	"	18,-	24,-	1					

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Berband.

Die jahreszeitmäßige Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt ist am Anfang Dezember bereits stärker hervor. Beobachtet durch das Einsehen von verhältnismäßig frühzeitigem Frostwetter, haben sich insbesondere die Arbeitsmöglichkeiten für Außenarbeiter stark verschärft. Außerdem ist der Beschäftigungsübergang in der Berg- und Baustoffindustrie zu einem beträchtlichen Teile auf die Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen, die durch die vom Reichsbankpräsidenten verhängte Sperrung von Auslandsanleihen an die Kommunen verschärft worden sind. Offizielle Stellen und Gemeinden müssen notgedrungen ihr Haushaltprogramm einschränken oder verlängern. Die allgemeine Steigerung der Arbeitslosigkeit zeigt die gegenüber dem Vormonat um fast 300 000 (6% Proz.) gestiegene Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen an, wie aus nachfolgender Übersicht ersichtlich:

Ende	Bahl der unterstützten Erwerbslosen	Bahl der Freien Erwerbslosen unterstützten	Insgesamt
Jänner 1927	1 827 200	188 164	1 965 364
Mai 1927	870 378	284 104	1 104 482
Juli 1927	452 007	181 377	633 384
1. November 1927	840 000	116 000	956 000
1. Dezember 1927	603 000	147 000	752 000

Über den künftigen Verlauf der Konjunktur äußert sich das Institut für Konjunkturforschung in seinem kürzlich erschienenen 3. Vierteljahrsempfehlung äußerst vorsichtig. Dort heißt es in dem zusammenfassenden Überblick über die Konjunktur Ende November 1927:

Ende August wurde festgestellt, daß die Wirtschaft in eine Phase der Hochspannung eingetreten sei. Zwischen hat sich die Hochspannung voll entwickelt. Kritische Vorgänge liegen aber nicht vor.

Die Kreditositheit ist im ganzen unverändert, wie die Statistik der Kontur- und Betriebsproteste zeigt. Der Kredit ist jedoch in hohem Maße angespannt. Namentlich sind die Wechselbeziehungen sehr stark gestiegen, und zwar über den Bereich der Banken hinaus; die Selbstfinanzierung der Wirtschaft hat angenommen. Die Konstellation steigender Geldsätze, sinkender Effektivkurse und Weiterziehen der Warenpreise führt sich in dieses Bild ein. Die Aufwärtbewegung der Warenpreise wird dadurch ermöglicht, daß der Innernmarkt, obwohl Anzeichen beginnender Sättigung vorhanden sind, offenbar noch aufnahmefähig ist.edenfalls hat die Lagerhaltung bisher kein Lebemach erreicht; die Produktionsmittelversorgung ist in weiterer Ausdehnung begriffen. Die vorliegenden Auftragsbestände sind offensichtlich noch unzureichend. Zu beachten ist jedoch, daß in wichtigen Teilen der Industrie der Auftragseingang zurückgeht.

Aus allem ist zu schließen, daß sich die wirtschaftliche Aktivität auf einem Maximum (Höhepunkt) bewegt. Die Kreditspannungen im Zusammenhang mit den zürndgebenden Auftragseingängen zeigen an, daß mit einem Rückgang gerechnet werden muß. Die noch ungeahnte Kreditositheit im Verein mit der noch ausdehnungsfähigen Lagerhaltung deutet aber darauf hin, daß bei vorsichtigen Dispositionen ein Umschwung noch ausgetragen oder jedenfalls in seinen Wirkungen sehr gemildert werden könnte."

Etwas optimistischer äußert sich der Dezemberbericht der Dresdner Bank zur Wirtschaftslage:

Die konjunkturelle Aufwärtbewegung scheint zu einem gewissen Stillstand gekommen zu sein. Zwar ist die Produktion und der Absatz in den Schlüsselindustrien unverändert günstig, der Güterverkehr hat noch an Ausdehnung zugewonnen. Die Umwälzung hat fast überall noch beständig. Über den Eingang neuer Aufträge ist doch vielfach nicht mehr so flott wie bisher und die Aufrechterhaltung des bisherigen Geschäftsumfanges scheint hier und da auf Schwierigkeiten zu stoßen, wenngleich darüber auch noch in manchen Betriebsszweigen, wie z. B. in der Spielwarenindustrie, in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie und anderen infolge des Weihnachtsbedarfs eine weitere Erholung zu verzeichnen ist. Die Lage läßt sich etwa dahin kennzeichnen, daß die Saizonalvorfälle, die bisher durch die Konjunkturbewegung überdeckt wurden, jetzt mehr oder weniger zur Geltung kommen, die Wirtschaftskonjunktur aber trotz dieser Einflüsse auf dem erreichten hohen Stand vorläufig noch im allgemeinen verharrt."

Die Stilllegungsandrohungen der Schwerindustrie, die, wenn durchgeführt, mehr als eine halbe Million Arbeiter brotlos machen würde, sind allerdings geeignet, die Hoffnung auf eine wahre Weiterentwicklung der Konjunktur wesentlich herabzuwirken.

Auch die Unternehmer in der Ziegelindustrie bauen ihre wirtschaftliche Organisation immer mehr aus.

Es ist deshalb zweckmäßig, daß auch die Zieglerkollegen ihre gewerkschaftliche Organisation, den Berband der Fabrikarbeiter, Abteilung Ceramischer Büro, ebenso fest und stark anstreben, um dann im Frühjahr, wenn die Betriebe wieder in Gang gesetzt werden, den Unternehmern mit einer starken wirtschaftlichen Macht gegenüberstehen zu können.

Geduld bis Wintermonate, in denen die Zieglerkollegen genug Zeit haben, sind dazu geeignet, den Zusammenhalt immer mehr und mehr zu festigen. Auch die Ziegler müssen mehr und mehr einzusehen, daß eine Zersplitterung in mehrere oder wieder kleine übermächtige Gruppen nicht günstig ist, die wirtschaftliche Macht der Zieglerlichkeit zu stärken.

Richt mit der Zusammenhalt um in den Wintermonaten genügend, sondern auch die Zeit zur Eröffnung anderer für die Zieglerkollegen breiterer Fragen bereit zu werden.

Ein besonders wichtiges Kapitel für die Ziegler ist auch die Arbeitslosenversicherung und die Erwerbsfürsorge. Gerade da über herrigt innerhalb der Zieglerlichkeit noch viel Unklarheit.

Das Geheim über Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktbewältigung kann den Zieglerkollegen in seinen wichtigsten Besitzungen bekannt gemacht werden.

Der Lipper Lande kann gerade in der jetzigen Zeit eine Reihe Personenschäden statt, in denen über diese Fragen Aufklärung gegeben wird. Das, was die Lipper Bürger tun, kann ebenfalls von den anderen Zieglerstellen aufgezeichnet werden.

Aber auch über andere wichtige wirtschaftliche Fragen kann im Interesse des Ziegler-Bauern-Kaufmännischen unter den Zieglerhöfen verbreitet werden.

Denn die Zieglerstellen in dieser Beziehung ihre Bildungen erfüllen, werden auch die Ziegler mit der Zeit an ihre gewerkschaftliche Organisation, den Berband der Fabrikarbeiter, Abteilung Ceramischer Büro, dankbar gezeigt werden. Dieser wird dann eine Macht darstellen, der den kommenden wirtschaftlichen Rätseln, die sich anbieten werden, geprägt ist.

Zum die Zieglerkollegen ihre Pflicht, stärken sie ihre Organisation, wird der Erfolg an ihrer eigenen wirtschaftlichen Stärkung beitragen und der Ziegler in Zukunft nicht mehr als Feind der Gewerkschaft ausgehen werden.

Nach der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes hat der Arbeitsmarkt für unsere Verbandsmitglieder im November eine nicht unbedeutende Verschlechterung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen ist ganz erheblich gestiegen und auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich erhöht. Die Arbeitslosenstatistik erfasste 408 583 Mitglieder oder 9% Proz. der Verbandsmitglieder, davon waren arbeitslos insgesamt 28 360 oder 6,9 v. H. gegen 5,2 v. H. im Vormonat. Verkürzt arbeiteten 8296 oder 2,0 v. H. gegen 1,9 vom Hundert im Vorvorvor. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den beiden letzten Monaten in den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes gestaltet, zeigt folgende Aufstellung:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Oktober			Ende November		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Berband insgesamt . . .	5,1	5,6	5,2	6,9	7,0	6,9
In der Industriegruppe:						
Chemie . . .	4,7	6,5	5,1	5,2	7,8	5,8
Papier . . .	2,5	3,8	2,8	2,4	3,8	2,7
Nahrung- u. Genussmittel . . .	8,2	7,5	4,2	8,8	8,0	4,8
Spielwaren, Blumen und Federn . . .	7,7	7,8	7,8	12,1	9,9	11,0
Sonstige Industrien . . .	8,1	5,9	7,5	12,5	7,8	11,2
Keramischer Bund insgesamt . . .	5,9	4,4	5,7	8,9	6,7	8,5
a) Porzellan . . .	3,9	2,8	3,5	4,9	4,2	4,6
b) Glas . . .	5,8	4,0	5,6	7,0	4,6	6,7
c) Grobkeramik und Baustoffe . . .	6,9	7,2	7,0	11,8	14,3	12,1

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verkürzt:

	Ende Oktober			Ende November		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Berband insgesamt . . .	1,5	8,1	1,9	1,7	3,1	2,0
In der Industriegruppe:						
Chemie . . .	2,5	5,8	3,3	1,2	3,3	2,8
Papier . . .	0,8	0,6	0,7	1,1	1,5	1,2
Nahrung- u. Genussmittel . . .	0,2	0,7	0,4	0,4	1,2	0,6
Spielwaren, Blumen und Federn . . .	2,1	4,5	3,2	1,8	4,5	3,1
Sonstige Industrien . . .	0,3	0,8	0,5	0,2	0,7	0,4
Keramischer Bund insgesamt . . .	1,5	2,9	1,8	2,1	2,8	2,8
a) Porzellan . . .	3,6	4,9	4,1	4,2	4,7	4,4
b) Glas . . .	1,6	0,6	1,4	1,2	0,6	1,1
c) Grobkeramik und Baustoffe . . .	0,8	0,5	0,6	1,9	0,5	1,7

Von den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes zeigt nur die Papierindustrie einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit. In allen anderen hat sich die Arbeitsgelegenheit vermindert. Verhältnismäßig gering war die Verschlechterung in der chemischen und in der Nahrungsmittelindustrie, etwas stärker in den Industriegruppen Porzellan und Glas, am stärksten in den Gruppen Baustoff-, Spielwaren sowie in der wenig einheitlichen Gruppe Verschiedene Industrien. Bei den Verschlechterungen dürften hauptsächlich Saizonaleinschlüsse von maßgebender Bedeutung sein, weniger eine wirkliche Konjunkturverschlechterung.

In der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit tritt die Steigerung besonders dort hervor, wo ein größerer Teil der Mitgliedschaft in der Baustoffindustrie beschäftigt ist. Den größten Stand der Arbeitslosigkeit zeigt immer noch der Brandenburg, einschließlich Berlin, mit 4,3 v. H. Arbeitslosen und 2,3 v. H. Kurzarbeitern. Den ungewöhnlichsten Stand bringt gegenweil Preußen auf mit 22,5 v. H. Arbeitslose. Hier kommt die jahreszeitmäßige Stilllegung der Ziegeleien besonders stark in Erscheinung. Recht ungünstig liegt auch der Arbeitsmarkt für unsere Verbandsmitglieder im Gau Hessen-Nassau mit 12,5 vom Hundert Arbeitslose und 6,8 v. H. Kurzarbeiter. Auch der Gau Sachsen-Mecklenburg zeigt mit 10,9 v. H. Arbeitslose eine erhebliche Steigerung an. Recht ungünstig liegt auch der Arbeitsmarkt im Gau Württemberg-Baden mit 4,4 v. H. und der Gau Schwaben mit 4,5 v. H. Arbeitslose. In allen anderen Gaue liegen die Relativzahlen in der Nähe der Durchschnittszahl.

G. R.

Der Vorteil der Gewerkschaft.

Es gibt genug Arbeit und Arbeitserinnen, die bei der Einladung zum Beitritt in den Ceramischen Büro eingeschritten. Der Beitrag kostet ich mir, dann habe ich mehr. Gewöhnlich kommen sie nicht zum Sparen, und wenn sie in Not sind, sehen sie ihren Fehler, nicht der Gewerkschaft beigetreten zu sein, ein. Dann ist es gewöhnlich zu spät. Sie möglich aber das Vorbringen, daß Verschärfen zur Rechten ist, geht aus dem Brief eines Zieglerkollegen hervor, der die Wahlstätte der gewerkschaftlichen Hilfe erkannt hat. Er schreibt an die Geschäftsstelle des Fabrikarbeiterverbandes in Liegnitz:

Viele Kollegen!

Ich muss mich jetzt arbeitslos melden und sende mein Buch und die Besiedlung anbei mit ein. Dabei beginne ich mich einer Episode vom Januar 1919. Der Kollege G. war in unserer Ziegelei und bei mir zu Mittag in der Pause. Bei der Gelegenheit ließen wir einige in den Verband aufnehmen. Bei den Frauen war es schwer, aber auch da konnten ein paar Aufnahmen gemacht werden. Nach wie heute höre ich eine Frau sagen, daß sie sich für die Beiträge lieber alle Wochen ein Stück Wurst koste. Abends in der Versammlung zeigte dann Kollege G. ein Stück Wurst, was er für den Preis eines Wochenbeitrages erstanden hatte. Noch dazu ohne Fleischmarken! Wir lachten damals über den Einfall und heute, wo ich mich leider wieder arbeitslos melden muß, da fällt mir das Stück Wurst wieder ein. Da ich jetzt schon über 400 Beiträge habe, ich siehe auch in der Zeit, wo ich erwerbslos war, solche, da rechne ich aus, daß ich doch für 9 Wochen pro Tag 100 RM bekomme. Die ganze Summe macht, wenn ich nicht eher etwas Arbeit bekomme, dann 60 RM aus. Da kann ich für mich und meine Familie ein Schwein von unterhalb Berliner Losen kosten vom Landwirt. Hätte ich für meinen Beitrag alle Woche ein Stück Wurst gekauft, so wäre Wurst und Geld weg und wir hätten nur 14,85 RM Arbeitslosenunterstützung zu verlieren. Viele meiner Kollegen ärgern sich darüber und wollen zum Frühjahr bestimmt in den Verband eintreten. Wenn man erst ein paar Jahre Mitglied ist, dann sieht man erst den Vorteil ein. Dazu kommt, daß wir jetzt schon darüber reden, daß zum Frühjahr bestimmt eine Lohnzulage kommt.

Mit Gruss

E.

Weil alle Kollegen in den Ziegeleien so handelten und denken möchten, wurde es im Winter bei manchem besser aussehen.

Aus dem Verbandsleben.

Freistaat Sachen.

In einer Konferenz waren alle im Aufgeldienst tätigen Geschäftsführer versammelt.

Zu Punkt 1, Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, sprach der frühere Direktor vom Landesarbeitsamt, Oberregierungsrat Genoss U. K. T. G. Besonders hervorgehoben wurden auch die gewerkschaftlichen Grundsätze, wie auch die geschäftlichen Bestimmungen. Dem teilweise geforderten Vermittlungswang können nicht angemessen werden. Die tarifliche Regelung, wie sie in den Tarifen der chemischen und Eisenindustrie vereinbart ist, sei dem Vermittlungswang vorzuziehen. Der weitere Kursus solcher Vereinbarungen sei anzustreben. Da übrigens müsse in den Selbstverwaltungsgesellschaften der gewerkschaftliche Einfluß zu steigern versucht werden.

In der Debatte wurde die Vertretung vor den Spruchinstanzen, die sehr oft erhebliche finanzielle Aufwendungen für die Zahlstelle erfordert, behandelt; allgemein wurde gewünscht, daß der Vorstand hier in wichtigen Fällen Rechtschluß gewährt.

Zu Punkt 2, behandelte Kollege Karl Schmidt-Hannover über das Arbeitsgerichtsgesetz. Hierbei wurde der vereinbarte Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit (§§ 91–104) durch Schiedsverträge besonders berücksichtigt. Die Wirkung der unterschiedlichen Bestimmungen der Schiedsverträge — Papier, Chemie, Rosin, Feinsteinzeug und Glas — wurde dargestellt und eine größere Einheitlichkeit als erstrebenswert bezeichnet.

Mit dem Grundsatz, die Schiedsinstanz möglichst nur auf Gesamtstreitigkeiten zu beschränken, ist man allgemein einverstanden. Zu der regen Diskussion kam eine große Anzahl praktischer Fälle zur Sprache. Auch hier wurde allgemein als wünschenswert bezeichnet, daß der Vorstand auf dem Rechtschlußweg den Zahlstellen, welche vor den Landesarbeitsämtern als Probebevollmächtigte wirken, die entstandenen Kosten zurückerstattet.

Es steht zu erwarten, daß durch die instruktive Behandlung der beiden wichtigen Fragen